

Der kürzlich zurückgetretene Präsident der Kunskommission, Dr. Alex Fischer, und Prof. René L. Frey, Mitglied der Kunskommission, haben in einer Studie die gegenwärtige Situation des Kunstmuseums Basel analysiert: Sie zeigen darin die gegenwärtigen Schwierigkeiten auf und loten verschiedene rechtliche Formen für das Kunstmuseum aus. Erklärtes Ziel der Studie ist es, den betrieblichen Handlungsspielraum des Museums im Hinblick auf die zunehmenden Herausforderungen im internationalen Vergleich zu verbessern. Die Studie bringt die Idee einer Überführung des Kunstmuseums in eine gemeinnützige Stiftung (Betriebsgesellschaft) ins Spiel – bei Beibehaltung der Sammlung und der Immobilien im Besitz des Kantons, bei Abschluss eines Leistungsauftrags und bei Garantierung der Möglichkeit der Regierung, die Mehrheit der Mitglieder des Stiftungsrats zu bestimmen.

Die Existenz dieser Arbeit wurde den Parlamentarierinnen und Parlamentariern erst Ende Februar ds.Js. durch die Medien bekannt – zuvor wurde weder in der Bildungs- und Kulturkommission noch in anderen Gremien des Grossen Rates je eine Diskussion über den Inhalt dieser Studie geführt.

In einem Interview mit der Basler Zeitung vom 22. Februar 2008 hat Regierungsrat Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartements, die in dieser Studie aufgezeigten Möglichkeiten abgelehnt. Er wird zitiert: „Mir missfällt nicht die Idee als solche. Ich kam nur zum Schluss, dass wir damit im links-grünen Grossen Rat keine Chance hätten.“

Im gleichen Artikel der baz wird Prof. Dr. Leonhard Burckhardt, SP-Mitglied (!), ehemaliger Grossrats-Präsident und Präsident der Freunde des Kunstmuseums zitiert: „Ein derart grosses Museum muss einen grossen Handlungsspielraum haben, auch um an Drittmittel zu gelangen.“ Das Museumsgesetz, bei dessen Ausarbeitung Burckhardt selbst noch mitgewirkt hatte, gehe da „nicht weit genug“.

Als Parlamentarierin, die ebenfalls an der Ausarbeitung des Museumsgesetzes mitgewirkt hat, frage ich den Regierungsrat an:

1. Weshalb wurde (und wird) die o.g. Studie der politischen Diskussion entzogen?
2. Nach meiner Kenntnis wurden die Autoren vom Vorsteher des Erziehungsdepartements seit längerer Zeit zur Arbeit an dieser Studie ermuntert; ihren Vorschlägen wurde auch grosses Interesse entgegengebracht. Die letzte Fassung der Studie datiert vom 5.12.2006; die Diskussion über deren Inhalt wurde jedoch bis jetzt verhindert. Was sind die Gründe dafür?
3. Ist der Regierungsrat bereit, nunmehr die Diskussion über die Vor- und Nachteile des status quo und allfälliger neuer rechtlichen Formen des Kunstmuseums zu führen?

Gisela Traub